

Höhnisches Gelächter ist verfrüht. Dennoch schüttelt die Fachwelt in der Bundesrepublik den Kopf darüber, was die neu formierte Stuttgarter Landesregierung mit der Denkmalpflege gemacht hat: In der schwarz-roten Koalition ressortiert sie jetzt beim Wirtschaftsministerium. Nun ist es ja ein offenes Geheimnis, unter welchen Bedingungen sich die beiden eigentlichen Verlierer der Landtagswahl vom 5. April im Staatsministerium getroffen haben. Unbeeindruckt von der Wahlschlappe sind nach zermürenden Gesprächen in der Villa Reitzenstein CDU und SPD als Gewinner der jüngsten Landtagswahl hervorgegangen und haben die Geschäftsgrundlage ihrer künftigen Regierungsarbeit in einem 82seitigen Koalitionspapier niedergelegt. Welch ein Unterschied zu 1966, als die überraschend zustande gekommene Große Koalition dafür nur fünf Seiten benötigte. Dies spiegelt den Dissens in vielen Grundfragen der Politik wider, was insofern niemand wundern darf, wenn man bedenkt, daß sich die beiden Parteien mehr als zwanzig Jahre lang als teils erbitterte politische Gegner gegenüberstanden. Das Resultat ist bekannt. Unverständliches Kopfschütteln ob der bunt zusammengewürfelten neuen Ministerien und Zuständigkeiten. Als größtes Kuriosum gilt dabei das SPD-Ministerium für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst, das sich verbittet, in der Verkürzung nur Familienministerium genannt zu werden, von Insidern aber bereits als Handarbeitsministerium abgestempelt ist. Auf ähnliche Weise kam die Denkmalpflege vom Innenministerium ins SPD-Wirtschaftsministerium.

In der bald 200jährigen Geschichte der deutschen Denkmalpflege gibt es keinen vergleichbaren Vorgang, denn meistens waren und sind die staatlichen Konservatoren bei den Kunst- oder Wissenschaftsbehörden angesiedelt. Das war so seit Schinkels Zeiten. Nur im 19. Jahrhundert gehörte der österreichische Denkmalschutz einmal dem Handelsministerium an. Diesbezüglich machte Baden-Würt-

temberg bereits 1978 Furore und sorgte für Stirnrünzeln bei den Kunsthistorikern außerhalb der Landesgrenzen, als Lothar Späth diese Behörde dem Innenministerium einverleibte. Viele sahen bereits den Niedergang der Geisteswissenschaftler in einer von Juristen und Ordnungshütern besetzten Umgebung. Aber es kam anders. Denkmalpflege war bis zum 5. April 1992 Chefsache, wurde als gesellschafts-politische Aufgabe verstanden, was sie ja tatsächlich ist, wurde zum Vorzeigeobjekt. Zusammen mit Bayern war man Spitzenreiter in der Bundesrepublik, was die personelle und finanzielle Ausstattung angeht. Fast mitleidig schaute der deutsche Süden in den letzten anderthalb Jahrzehnten auf die SPD-regierten Bundesländer, wo der Schutz des historischen Erbes ein geradezu erbärmliches Dasein führte, weil die Politiker die nötigen Mittel verweigerten.

Jetzt sind die Karten neu gemischt, jetzt liegt die Fürsorge für kleine und große Denkmäler, für städtisches wie ländliches Kulturerbe beim Wirtschaftsministerium, – und der Konflikt ist programmiert. In Zeiten des knappen Geldes und des großen Wohnungsmangels brauchen die Denkmalpfleger noch bessere Argumente als früher, wenn Kultur dem Kommerz standhalten soll, wenn vermeintlich historisches Gerümpel für neue Wohnungen in Citynähe abgeräumt wird. Solche Konflikte gab es natürlich auch schon in der Vergangenheit. Doch wenn diese besonders relevant waren, wurden sie am Kabinetttisch ausgetragen, wurden sozusagen öffentlich gemacht. Das ist in Zukunft nicht mehr der Fall, weil Industrieansiedlung, Wohnungsbau und Denkmalerhaltung letztlich auf einem Schreibtisch landen.

1992 und 1978 wurde die Denkmalbehörde selbst nicht gefragt, in welchem Ministerium sie gern beheimatet wäre. Mit dem Stuttgarter Innenministerium, das läßt sich ohne wenn und aber feststellen, ist sie weitaus besser gefahren, als wenn sie bei Wissenschaft und Museen angesiedelt gewesen wäre. Wenn sich das Wirtschaftsministerium künftig als starker Partner am Regierungstisch erweist, dann sind Unkenrufe und Hohngelächter wegen der Umressortierung verfehlt. Ist das nicht der Fall, kann man den Konservatoren nur die Translozierung ins Landwirtschaftsministerium wünschen, denn um diesen erratischen Block haben alle Koalitionspolitiker bei der Regierungsbildung einen weiten Bogen gemacht.

---

Das **Titelbild** zeigt in einer Luftaufnahme von Manfred Grohe dramatisch zwei gegensätzliche Bauweisen. In Waldhäuser-Ost, auf der Hochfläche oberhalb von Tübingen in Richtung Bebenhausen, stehen sich die älteren Hochhäuser und die ökologische Siedlung Schafbrühl, die seit 1985 bezogen worden ist, gegenüber. Näheres auf den Seiten 212 ff.